

Calmer Tagblatt

Nr. 10

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ersetzungswelle: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Halbpennige, Familienanzeigen 8 W.-Bl. Retiketen 30 W.-Bl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Samstag, den 12. Januar 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Krägerlohn 500 Milliarden M., wöchentlich Postbezugspreis 500 Milliarden M., ohne Krägerlohn. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die französische und die belgische Antwort.

Ablehnung der deutschen Vorschläge, jedoch weitere Verhandlungsbereitschaft.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Die französische Antwort.

Paris, 11. Jan. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hösch, ist heute Nachmittag um 5 Uhr von dem politischen Direktor des Ministeriums des Auswärtigen, Ferretti della Rocca, empfangen worden, da Poincaré durch die Kammerstzung über die auswärtige Politik verhindert war. Ferretti della Rocca hat dem deutschen Geschäftsträger als Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember 1923 ein Memorandum im Umfange von 14 Seiten überreicht. Dieses Memorandum geht Punkt für Punkt auf die deutschen Ausführungen vom 24. Dezember ein, um den französischen Standpunkt, der, wie man nach den Äußerungen der Presse in den letzten Tagen annehmen konnte, im wesentlichen ablehnend ist, zu begründen. Es entstand hierauf zwischen dem deutschen Geschäftsträger und della Rocca eine sehr ausgedehnte Unterhaltung, die sich auf alle Fragen über die Lage des besetzten Gebietes bezog. Ferretti della Rocca erklärte, die mehr technische Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Denkschrift wolle die Frage nicht erschöpfen. Sie bedeute keinen Abschluß. Wie Poincaré bereits am 15. Dezember erklärt habe, sei die französische Regierung jederzeit bereit, die deutschen Anregungen entgegenzunehmen und sie sachlich zu diskutieren. Die trockene Antwort, die erteilt worden sei, verpflichte daher keineswegs für die zukünftigen Verhandlungen. — Die Unterredung hat 50 Minuten gedauert.

Die belgische Antwort.

Brüssel, 12. Jan. (Agence Belge.) Der Minister des Auswärtigen hat gestern dem deutschen Geschäftsträger die Antwort der belgischen Regierung auf das deutsche aide-memoire vom 24. Dezember übergeben. Die Antwort erklärt, die belgische Regierung sei bereit, auf dem seit der Einstellung und Beendigung des passiven Widerstands eingeschlagenen Wege fortzufahren. Es müsse aber daran festgehalten werden, daß die Diskussion über einen modus vivendi nur die Modalitäten der Verwaltung der Pfänder behandeln könne, ohne am Grundsatz der Pfänder etwas zu ändern, und daß der Erfolg von Verhandlungen in hohem Maße von der loyalen Ausführung des Versailler Vertrages durch Deutschland abhängt.

Deutscher Protest gegen die Unterstützung des Separatistengebündels in der Pfalz durch die Rheinlandkommission.

Berlin, 11. Jan. Die Botschaft in Paris und die Gesandtschaft in Brüssel sind angewiesen worden, folgende Protestnote zu überreichen: „Es mehren sich die Anzeichen, daß die Interalliierte Rheinlandkommission in immer fortschreitender Weise die sogenannte Regierung der „Autonomen Pfalz“ als Inhaberin der legitimen Regierungsgewalt in der bayerischen Pfalz anerkennt. So wurde der deutschen Regierung bekannt, daß die Interalliierte Rheinlandkommission die Verordnungen dieser sogenannten Regierung am 2. Januar amtlich registriert hat. Dies wird bestätigt durch eine Bekanntmachung des französischen Kreisdelegierten in Zweibrücken, Oberstleutnant Desfort, die in den pfälzischen Blättern veröffentlicht wird und folgenden Wortlaut hat: „Nachdem die Interalliierte Rheinlandkommission die Verordnungen der Regierung der autonomen Pfalz, die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet wurden, am 2. Januar amtlich eingetragen hat, muß die Bekanntmachung des Delegierten von Zweibrücken vom 4. 1. an die dortigen bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden. (gez.): Desfort.“

— Zum Verständnis dieser Bekanntmachung mag bemerkt werden, daß die in der vorstehenden Bekanntmachung widerriehende Verlautbarung des Kreisdelegierten dahin ging, daß die Regierung der autonomen Pfalz nicht offiziell anerkannt sei und daß deshalb die Interalliierte Rheinlandkommission ihre Verordnungen nicht registriert habe. Es steht also fest, daß die Interalliierte Rheinlandkommission die Anführer des hochverräterischen Unternehmens in der Pfalz in aller Form als legitime gesetzgebende Gewalt anerkennt. Die Deutsche Regierung legt gegen dieses unerhörte Vorgehen Verwahrung ein und fordert, daß die dortige Regierung sofort dagegen einschreitet.“

Die Reichsregierung über den Terror in der Pfalz.

Berlin, 11. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat die gestrige Nachmittagsitzung der Erörterung der pfälzischen Angelegenheit gewidmet. Durch die Ermordung des Separatistenführers Heinz-Orbis ist die durch die Separatistenputsche und ihre Begünstigung durch die Besatzungsbehörden geschaffene unhaltbare Lage blutig beleuchtet worden. Seit Wochen ist die wehrlose Bevölkerung auf Gnade und Ungnade dem ungehemmten Terror einer struppelosen Bande ausgeliefert, die sich als unbeschränkte Herren im Lande aufführen. Plünderungen, Verreibungen, auch Verraubungen, sowie Erpressungen sind an der Tagesordnung. Die rechtmäßige Polizei wird durch die Besatzungsbehörden auf Schritt und Tritt gehemmt, von ihren gesetzlichen Mitteln Gebrauch zu machen. Das französische Militär, das sonst in jedem harmlosen Vorfall sofort eine Bedrohung der Sicherheit der Besatzungstruppen und der öffentlichen Ordnung erblickt, sieht nicht nur tatenlos diesem Treiben zu, sondern begünstigt es in jeder Beziehung. Die neueste Entwicklungspole ist, daß einer Gewalttat der Separatisten in der Phrasologie der Besatzungsbehörden der Anschein der Legimität, Raub heißt nicht mehr Raub, sondern Konfiskation, Vertreibung Ausweisung, Freiheitsberaubung Haft und Gefängnisstrafen. Dieser Politik der Heuchelei wird die Krone aufgesetzt, wenn jetzt die verbrecherischen Akte dieser Bande, die das Gegenteil von Recht und Gesetz sind, als Verordnungen und Gesetze behandelt und genau so wie die Gesetze des Reiches und der Länder von dem Büro der Interalliierten Rheinlandkommission registriert werden. Die Reichsregierung hat hiergegen durch die deutschen Vertretungen in Paris und Brüssel schärfste Verwahrung einlegen lassen. Die Reichsregierung sieht mit Stolz auf den bewundernswerten Kampf, den die Pfälzer Bevölkerung auf ihrem gefährdeten Vorposten für Deutschlands Dasein und Deutschlands Einheit kämpfen. Die Reichsregierung wird in engstem Einvernehmen mit der bayerischen Staatsregierung alles, was in ihrer Macht liegt, tun, damit nicht nach den Absichten eines kleinen Haufens von Hochverrättern der erdrückenden Mehrheit eine Losrennung ausgenötigt wird, der sie mit jeder Faser ihres Seins widerstrebt.

Der englische Standpunkt in der pfälzischen Frage.

London, 12. Jan. Reuter erfährt, daß mit der französischen Regierung weiterhin Erörterungen über die Frage einer Untersuchung der Lage in der Pfalz im Gange seien. Inzwischen sei die Angelegenheit weniger dringlich geworden, weil die Anwendung der Verordnungen, gegen die Einwendungen erhoben wurden, infolge der Aktion der Rheinlandkommission verschoben worden sei. Der britische Standpunkt bezüglich dieser Verordnungen sei der, daß die Rheinlandkommission sie nicht annehmen dürfe, da eine derartige Annahme die de facto-Anerkennung der Separatisten bedeuten könne. Die Oberkommission sei nur zuständig in Angelegenheiten des Besatzungsheeres und habe keine politischen Vollmachten. Wenn irgendetwas die Frage einer Anerkennung der Separatistenbewegung akut werde, bilde die Weimarer Verfassung den Prüfstein. Die Bevölkerung müsse durch eine Mehrheit zeigen, daß sie eine Abänderung wolle und dem müsse von der Zentralregierung zugestimmt werden. Großbritannien sei neutral und Frankreich habe offiziell erklärt, daß es ebenfalls neutral sei. Infolge der bereits unternommenen Aktion sei, wie

Neueste Nachrichten.

Die belgische und die französische Antwort auf den deutschen Vorschlag der Schaffung eines modus vivendi, d. h. eines eträglichen Nebeneinanderlebens bis zur endgültigen Regelung der gesamten noch schwebenden Fragen, ist nun den deutschen Vertretern in Brüssel und Paris übergeben worden. Beide Antworten sind grundsätzlich ablehnend, indem sie ohne jeden Rechtsgrund einfach den Standpunkt vertreten, daß die Besetzung des Ruhrgebietes aus den Bestimmungen des Versailler Vertrags herzuleiten sei, und daß deshalb über die Besetzung und ihre weiteren wirtschaftlichen und politischen Fragen Verhandlungen nicht zulässig seien. Die beiden Regierungen wahlen nur über die rein formalen Fragen der Wiederaufnahme des Verkehrs und der Arbeit verhandeln und zwar lediglich nur insoweit, als nicht schon (erzwungene) Abkommen in dieser Richtung getroffen worden sind. Man scheint in Paris doch selbst auch den Eindruck gehabt zu haben, daß eine solche Antwort gleichzeitig mit der Geneigterklärung zu Verhandlungen nicht vereinbar sei, und der französische Staatssekretär des Auswärtigen hat deshalb auch in einer längeren Unterredung mit dem deutschen Vertreter diesem zu verstehen gegeben, daß mit der Antwort künftigen Verhandlungen nicht vorgegriffen werden solle. Im Prinzip haben die beiden Antworten wie alle seitherigen französisch-belgischen Aktionen lediglich verschleppenden Charakter.

Der Grad der Verständigungsbereitschaft Frankreichs und Belgiens, wie überhaupt der ganzen Entente, geht aus der Haltung der Besatzungsmächte sowie der Rheinlandkommission, in der doch auch die Engländer vertreten sind, gegenüber dem separatistischen Gefindel in der Pfalz hervor. Die deutsche Regierung hat gegen die offensichtliche Unterstützung der pfälzischen Landesverräter durch die Besatzungsbehörden und die Rheinlandkommission schärfste Verwahrung erheben lassen.

Zwischen der englischen und der französischen Regierung ist z. Zt. wieder einmal ein Meinungsaustrausch im Gange über die Frage der Anerkennung der „autonomen Regierung der Pfalz“. England will angeblich die „autonome Regierung“ nicht anerkennen. Daß es sich hier nur um eine rein taktische Stellungnahme der englischen Regierung handelt, dürfte nach den Erfahrungen der letzten 3 Jahre außer allem Zweifel sein.

bemerkte, die Anwendung der Verordnungen verschoben worden. — Wenn England seinen Standpunkt nicht mit Nachdruck vertritt so haben die Erörterungen so wenig Wert, wie die „gegenteilige“ Auffassung bezüglich der Ruhrbesetzung.

Der Führer der französischen Radikalen zur Reparationsfrage.

Paris, 11. Jan. In der heutigen Kammerstzung, in der die Diskussion über die auswärtige Politik, die bereits an sechs vorausgegangenen Freitagen zur Debatte stand, fortgesetzt wurde, ergriff als erster Interpellationsredner der Führer der radikalen Partei, Herriot, das Wort. Er erklärte u. a., selbst diejenigen, die die Ruhrproportion für notwendig erklärt hätten, hätten sie heute nicht mehr als befriedigend ansehen. Er vertrete durchaus nicht die Arbeit der französischen Ingenieure und wolle sogar die Ziffern, die der Ministerpräsident hinsichtlich der augenblicklichen Produktion vorgebracht habe, als richtig annehmen, doch müsse man bedenken, daß mehrere Industrien ausgewandert seien, namentlich nach Oberschlesien. Das Ruhrgebiet sei allein nicht genügend produktiv, um die Reparationen herzustellen. Die logische Folge davon sei, daß die Alliierten eine gemeinsame Front wiederherstellen müßten, um die Reparationsfrage zu lösen. Der Redner wünscht, daß Frankreich sich endgültig mit England verständige und dabei auch nicht die wirtschaftlichen Fragen außer Acht lasse. Nach seiner Ansicht könne man sich mit der englischen Arbeiterpartei, deren Führer MacDonald ein aufrichtiger und kluger Idealist sei, ebenso leicht verständigen wie mit den Konservativen. Wenn man den Plan Rathbergs annehme, der darauf ausgehe, die deutschen Indu-

Kriegen schliessen zu lassen, werde man sich mit England vereinigen, ja man gehe einem neuen Kriege entgegen, da die deutschen Industriellen sicher nichts anderes zu tun hätten, als sich der Vormundschaft der französischen Industriellen zu entziehen. Herriot sprach alsdann von dem Vorschlag Colsons, der die Emission einer großen interalliierten Anleihe vorgeschlagen hatte. (Poincaré sagte dazu, Colson sehe eine Herabsetzung der deutschen Schuld als Kompensation für die interalliierten Schulden voraus. Alle Bemühungen nach dieser Richtung seien jedoch zwecklos gewesen.) Bezüglich der Frage der Sachverständigenausschüsse bemerkte Herriot, daß die Wiederherstellung des Friedens die wesentlichste Vorbedingung für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Lage sei. Die Sachverständigen dürften nicht mit gebundenen Händen arbeiten. Darin bestehe keine Gefahr für Frankreich, da ihm der Versailler Vertrag und die Reparationskommission die notwendigen Garantien böten. — Die weitere Diskussion wurde auf nächsten Freitag vertagt.

Neue Ausbeutungspläne Poincarés.

Paris, 10. Jan. Nach dem „Deuore“ beabsichtigt Poincaré, die besetzten Gebiete künftig nach einem neuen Plane auszuheben, der, wenn er Frankreich alle Vorteile bieten sollte, die man sich davon verspreche, nach Poincarés Ansicht nicht weniger als 27½ Millionen Tonnen Kohlen, Koks und Braunkohlen im Jahre 1924 zu liefern hätte. Da Frankreich nicht mehr als 11 bis 14 Millionen Tonnen deutscher Kohle jährlich aufnehmen könne, so frage es sich, was mit den überschüssigen 10 bis 12 Millionen Tonnen geschehen sollte.

Eine widerliche Heuschrecke des französischen Kammerpräsidenten.

Paris, 10. Jan. Der wiedergewählte Präsident der Kammer, Perz, eröffnete die heutige Nachmittagsitzung mit der üblichen Ansprache und erklärte dabei u. a., die Zeit, die der gegenwärtigen Kammer zur Verfügung stehe, gelte es ihr, für das Land nützliche Arbeit zu leisten. Das Parlament könne nicht ungestraft die Teuerung anwachsen und die Spekulation sich entwickeln lassen. Die moralische Verurteilung genüge nicht mehr. Es seien andere Strafmaßnahmen geboten. Im übrigen werde es niemandem gelingen, den Kredit Frankreichs zu erschüttern, der auf seinem Reichtum, seiner Steuerkraft und der unerschütterlichen Treue beruhe, mit der es seine Unterschriften einlöse. Es sei bedauerlich, daß Frankreich beschuldigt werden dürfe, es treibe Mißbrauch mit seinem Gut, während es, um nicht in den Verdacht der Gefährdung des Friedens zu geraten, seine Zustimmung zur Herabsetzung seiner Forderungen gebe, sich auf die Erörterung aller Kompromisse eingelassen habe, und sich noch heute bereit erkläre, die vorgeschlagenen Abmachungen zu treffen, wenn ihnen wirksame Garantien beigegeben seien.

Stinnes über die Reparationsfrage.

Paris, 10. Jan. Hugo Stinnes gewährte in Mülheim a. Ruhr dem Sonderberichterstatter des „Journal des Débats“ eine Unterredung, in der er den Plan der Begleichung der Reparationen mit Hilfe von Sachleistungen und seine Auffassung über die künftigen französisch-deutschen Beziehungen entwickelte. Die Industriellen des Ruhrgebietes, erklärte er, hätten nicht die Möglichkeit, anstelle des Deutschen Reiches die Reparationen zu bezahlen, da ihre Finanzen erschöpft seien und sie bei keinem Geldgeber mehr Kredit fänden. Bis zum 15. April 1924 müsse ein zuverlässiges Abkommen zuwegegebracht werden, sonst müßten auf alle Fälle die Industriebetriebe des Ruhrgebietes ihre Produktion einstellen. Wenn man genau wisse, zu welchem Zwecke die Leistungen verlangt würden, und wenn die Reparationen geregelt werden sollten, so werde man sich dazu bereit finden. Aber das Abkommen müsse zuverlässig und von der Wirklichkeit bestimmt sein. Stinnes erklärte für seinen Teil, daß Deutschland an Frankreich keine übermäßig großen Summen zahlen könne, da die Kapitalien nicht ohne weiteres von einem Lande auf das andere zu übertragen seien. Eine angemessene Lösung mache es erforderlich, daß zunächst die Leistungen, die das eine Land bewirken müsse, festgelegt würden, und dann diejenigen, die das andere Land zweckmäßigerweise aufnehmen müsse. So seien Frankreich, Italien und Belgien hauptsächlich für Kohlen, Koks und chemische Artikel aufnahmefähig. Sein Rat gehe dahin, daß die Regierungen zunächst unter sich den Betrag der Leistungen in Annuitäten festlegten. Diese Ziffern seien in Gold zu berechnen und die vereinbarten Annuitäten durch langfristige Verträge (20—30 Jahre) zwischen den Industriellen der kontrahierenden Länder zu garantieren. Die Lieferungen seien den deutschen Gruben und Fabriken von der Reichsregierung zu bezahlen. Auf alle Fälle müßten nach seinem Empfinden die langfristigen Verträge von den Industriellen untereinander und nicht von den Regierungen geschlossen werden. Die Unternehmer des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, die naturgemäß den stärksten Anteil übernehmen müßten, müßten die Gewissheit besitzen, daß die Bezahlung vom Reiche erfolge. Darüber hinaus könne man sich denken, daß das Reich den Betrag gewisser Steuern zu dieser Begleichung verwenden würde. Es gelte nach seiner Auffassung, sich loyal um die Herstellung einer zuverlässigen Grundlage für die Regelung der Reparationen zu bemühen und es gelte, sich die durch die Verhandlungen und Abmachungen mit der Micum erschlossenen Möglichkeiten zunutze zu machen. Das sei dringend notwendig. Seine Bemühungen gingen dahin, auf Grund eines zuverlässigen Abkommens zwischen zwei Ländern, die nicht immer und ewig Feinde bleiben könnten, für den Frieden zu arbeiten.

Eine Interpellation in der französischen Kammer über die Erschießung der plötzlichen Landesverräter.

Paris, 11. Jan. Der Abgeordnete de Magellot hat in der Kammer eine Interpellation über die Ermordung des Separatistenführers Heinz-Orbis eingebracht. Er fragte,

welche Maßnahmen die französische Regierung zu treffen gedenke, um die Freunde Frankreichs (!) und des Friedens zu schützen. — Die Kammer hat bei Beginn der Sitzung die sofortige Festsetzung des Tages der Beratung abgelehnt.

Brutale Maßnahmen der Besatzungsbehörde in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 11. Jan. Der Verkehr über die Rheinbrücke ist heute vormittag 10 Uhr von der Besatzungsbehörde ohne vorherige Ankündigung für Personen, die nicht im Besitz eines Passes sind, plötzlich gesperrt worden. Ob und inwieweit es sich bei dieser, die Bevölkerung der Doppelstadt Mannheim-Ludwigshafen hart treffenden Maßnahme um eine Repressalie wegen des Speyer'schen Attentats handelt, war nicht zu erfahren. Nach Mitteilung der Rheinlandskommission ist die Sperre bis auf weiteres verfügt worden.

Verhaftung von deutschen Beamten als Geiseln.

Zweibrücken, 10. Jan. Als Geisel für die Ermordung des Leiters der Regierung der autonomen Pfalz, Heinz, wurden heute nacht hier festgenommen: Regierungsrat Dr. Pöhlmann, Direktor Dr. Lehmann, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Vilsbel, Staatsanwalt König, Bürgermeister Göhring, Amtsgerichtsrat Müller und Justizassessor Vilsbel. Heute nacht wurde von den Separatisten eine strenge Straßenkontrolle ausgeübt.

Der Hohn des französischen „Separatisten“-Schwindels in Rheinland.

Koblenz, 11. Jan. Angesichts der Gefahr eines neuen sonderbündlerischen Putsches hat die deutsche Polizei die ihr von der Besatzungsbehörde im Oktober abgenommenen Feuerwaffen wieder erhalten. Die Separatisten wiederum haben die Bewachung des hiesigen Schlosses verstärkt.

Ausdehnung der französischen Auslands-Propaganda.

Berlin, 10. Jan. Die französische Regierung hat einen Gesandten entsandt, der eine Erhöhung der Geheimfonds für Propaganda um jährlich 6 Millionen auf 63 Millionen Francs vorschlägt. Hiervon entfallen allein 46,7 Millionen auf den Etat des Auswärtigen Amtes. Für die tägliche Verbreitung telegraphischer Nachrichten ist dabei besonders das Gebiet der Vereinigten Staaten, das lateinische Amerika und der ferne Osten in Aussicht genommen.

Bermischte Nachrichten.

Die Schuld an der Katastrophe der „Dignuiden“.

Paris, 11. Jan. Der „Matin“ veröffentlicht einen Auszug aus dem letzten Bericht des Kommandanten der „Dignuiden“, Duplessis, abgefaßt nach dem letzten Flottenmanöver im Mittelmeer. Der Bericht beleuchtet die Schwächen des Luftschiffes und die dringende Notwendigkeit einer Katastrophe, wenn ihnen nicht abgeholfen würde. Duplessis hatte in einem der vorderen Ballonets einen Riß von annähernd einem Meter Länge bemerkt und wies in seinem Bericht darauf hin, daß bei schwerem Wetter, wenn ein derartiger Riß eintrete, das Luftschiff augenblicklich das Gleichgewicht verlieren würde und daß keine Macht der Welt mehr seinen Sturz ins Meer verhindern würde, wo es spurlos verschwände.

Venzelos wieder an der Arbeit.

Paris, 11. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Athen wurden die verschiedenen zur Lösung der Ministerkrise von den Venzelisten vorgeschlagenen Kombinationen nacheinander von den orthodoxen Venzelisten, den Liberalen, den Demokraten und den Republikanern abgelehnt. Die öffentliche Meinung hofft jedoch, daß Venzelos sich schließlich durchsetzen wird.

Der Kronprinz von England in Paris.

Paris, 10. Jan. Der Prinz von Wales traf gestern auf der Reise nach dem Süden hier ein.

Sehung der versenkten deutschen Kriegsflotte.

London, 12. Jan. Reuter meldet, daß die in Scapa Flow versenkte deutsche Kriegsflotte demnächst gehoben werden solle. Die Kontrakte seien zwischen der Admiralität und einer Bergungsgesellschaft unterzeichnet worden. Es handle sich um 68 Schiffe, von denen eine ganze Anzahl zum Abbruch verkauft und eine kleinere Anzahl für Uebungszwecke als Ziele Verwendung finden würden.

Amerikanischer Beweggrund zum Eingreifen in Mexiko.

Paris, 10. Jan. Nach einer Havasmeldung aus New-York teilt eine amerikanische Petroleumgesellschaft mit,

daß die mexikanischen Kuständischen ihre Petroleumfelder in Tierra Blanca und Chapapotounez besetzt hätten. Die Schächte seien geschlossen und die Gesellschaft habe durch das Vorgehen der Kuständischen einen Verlust von 30 000 bis 40 000 Faß Petroleum erlitten.

Nahrungsvorgen der Feld- und Waldtiere.

Daß es einen Fuchs im schneereichen Winter, wo er selbst kein Futter findet, in die Nähe der menschlichen Wohnungen treibt, um sich dort ein Huhn aus dem Stall des Bauern zu holen, ist wohl keine Seltenheit. Jetzt ist es aber vorgekommen, daß sich bei einem Landwirt an der bayrischen Grenze fünf Rebhühner einstellten, um im Hofe ihre Nahrung zu suchen. Man kann daraus ersehen, wie groß die Nahrungsvorgen der Feldtiere im schneereichen Winter sind.

Deutschland.

Die wiederaufgenommene Militärkontrolle.

Berlin, 12. Jan. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat eine interalliierte Militärkontrollkommission gestern auch in Paderborn dem dort garnisonierenden Bataillon des Infanterieregiments Nr. 10 einen Besuch abgestattet. Für heute haben Kontrollkommissionen ihr Kommen noch in Dresden, Cannstatt und Breslau angekündigt.

Die sächsische Presseetage.

Dresden, 11. Jan. Die zur Teilnahme an der Sächsischen Presseetage heute hier eingetroffenen Vertreter der ausländischen Presse wurden am Vormittag von den Vertretern der Stadt und der Dresdener Blätter empfangen. Oberbürgermeister Blüher führte in seiner Begrüßungsansprache nach einer Würdigung der Bedeutung der Presse u. a. aus, das Ausland messe sehr mit Anrecht den gegenwärtigen Zustand Deutschlands am Benehmen einzelner Weniger, die noch prahlen könnten. Die schimmernde Außenseite der Leipziger Straße u. des Kurfürstendamms sei keineswegs das wahre Gesicht Berlins. In Dresden sei ungefähr jeder achte Einwohner unterstützungsbedürftig. Man möge im Ausland die Wahrheit über Deutschland verkünden und insbesondere auch darauf hinweisen, daß dank der deutschen Reichswehr in Sachsen wieder Ruhe und Ordnung herrsche. — Der Vertreter der ausländischen Journalliste dankte dem Oberbürgermeister für die Begrüßung und versicherte, daß die ausländischen Pressevertreter weiter bestrebt sein würden, ihre Heimat über die wirklichen wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Deutschland aufzuklären. — Die ausländischen Pressevertreter wurden später auch vom Militärbefehlshaber, Generalleutnant Müller, empfangen.

Die Streikbewegung in der Ruhrindustrie.

Köln, 11. Jan. Nach der „Kölnischen Zeitung“ nimmt die Streikbewegung in der Ruhrindustrie zu. In München-Glabach streiken sechs Metallwerke, 14 Textilwerke und die städt. Straßenbahnen. In allen Betrieben im Bezirk Beurath-Neißhau, sowie in Beurath und Hilden wird gestreikt. Im Düsseldorf-Berzirk kam es zur Einigung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit den kommunistischen Betriebsräten über eine gemeinsame Streikleitung.

Düsseldorf, 11. Jan. In der Streiklage ist eine Aenderung nicht eingetreten. Ruhestörungen sind bisher nicht vorgekommen. Nur in der Hafengegend wurde ein Kohlenfuhrwerk umgekippt. Beim Erscheinen der Polizei wurden von der Menge mehrere Handgranaten geworfen, doch blieben die Beamten unverletzt.

Die Anklage gegen Hitler und Genossen nunmehr eingereicht.

München, 10. Jan. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, ist nunmehr von der Staatsanwaltschaft die Anklageschrift gegen Hitler und Genossen beim Volksgericht in München eingereicht worden. Die Anklage lautet auf Hochverrat und richtet sich gegen 8 Personen, die an dem Umsturzversuch in führender Rolle beteiligt sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die gerichtliche Klärung erst Mitte oder Ende Februar herbeigeführt werden.

Ueberfall auf ein Bankhaus.

Dresden, 11. Jan. In das Geschäftsflokal der Filiale Gräfenroda des Hofbankhauses Max Müller in Gotha drangen gestern abend nach Geschäftsschluß acht maskierte Räuber unter Vorhaltung von Revolvern und Handgranaten ein. Die vorhandenen Barbeträge fielen den Räubern in die Hände. Wie der „Thüringer Waldbote“ in Odruf zuverlässig erfährt, ist das Hofbankhaus durch Rückversicherung voll gedeckt. Die Räuber sind unerkannt entkommen. Die Depots und die Depositen sind unverletzt, da die Eindringlinge keinen Versuch machten, an die Tresors heranzukommen.

Streuet die Gehwege

Dr. Peterjen Bürgermeister von Hamburg.

Hamburg, 9. Jan. Dr. Carl Peterjen, der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, ein Enkel des bedeutenden früheren Hamburger Bürgermeisters Dr. Peterjen, ist heute abend vom Senat zu seinem Präsidenten und zum ersten Bürgermeister von Hamburg gewählt worden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Januar 1924.

Die Frage der Hypotheken- und Obligationenaufwertung.

Man schreibt uns: Im Interesse der Hypothekengläubiger und Obligationäre wurde bei der Protestversammlung des Schutzverbandes der Hypothekengläubiger in Stuttgart am 22. Dez. 1923 der Wunsch sehr lebhaft ausgesprochen, es möchten sich im ganzen Lande Interessengruppen bilden, die für eine angemessene Aufwertung der Schulden eintreten, damit endlich wenigstens der Zinsdienst vorerst in bescheidenen Grenzen wieder aufgenommen werden könne.

Aufruf der württ. Industrie- und Handelsnote.

Die württ. Industrie- und Handelsnote wird am 14. Januar zur Einlösung aufgerufen. Die Einlösungsdauer läuft vorläufig bis zum 15. Februar. Die Einlösung erfolgt bei der Württ. Vereinsbank.

Herabsetzung der Eisenbahngütertarife.

Bei der Reichsbahn wurden eingehende Untersuchungen angestellt über die Möglichkeit, die Eisenbahngütertarife herabzusetzen. Gegen die auch vom Reichsverkehrsminister als durchaus wünschenswert angelehene Herabsetzung der Gütertarife sprechen sowohl die angespannte Finanzlage der Reichsbahn, als auch die noch ungedeckten fortlaufenden Kosten der Ruhrbesetzung. Trotz dieser erheblichen Bedenken hat der Reichsverkehrsminister sich entschlossen, am 20. Januar eine Ermäßigung der normalen Gütertarife um 8 Prozent einzuführen.

General Reinhardt über wirtschaftliche Fragen.

In Karlsruhe sprach auf Einladung des Ministers des Innern der Befehlshaber des Wehrkreises V, Generalleutnant Reinhardt, über aktuelle wirtschaftliche Fragen auch in Verbindung mit dem derzeitigen militärischen Ausnahmezustand. Einleitend führte er aus, daß es ihm fern liege, in die örtlichen Belange Badens einzugreifen. Eine Nebenregierung würde nur Komplikationen in die Wirtschaft hineinführen. Wir wollen nur die größeren Befugnisse, die wir besitzen, den Regierungen in dem Augenblick, wo ihre Befugnisse ein Ende haben, zur Verfügung stellen. Mit der Lösung der Währungsfrage sind die meisten Klagen über ungenügende Zufuhren von landwirtschaftlichen Erzeugnissen usw. beseitigt.

stellen. Die Erwerbslosigkeit muß mit allen Mitteln in Verbindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern und Behörden bekämpft werden. Vielleicht ist es ratsam, einen Kommissar für Notstandsarbeiten zu ernennen. Natürlicherweise müßte bei der Beschäftigung Erwerbsloser auch etwas herauskommen. Ein Notstandstarif dürfte die Arbeit nicht ganz unrentabel gestalten. Arbeiten wir nicht gegeneinander, sondern miteinander, dann wird der Ausnahmezustand ein Segen für das deutsche Volk sein.

Zigeunerlandplage.

(SCH.) Stuttgart, 11. Jan. Der Zentrumsabg. Dangel hat an das Staatsministerium eine Kleine Anfrage gerichtet, worin er darauf hinweist, daß Zigeuner und verwandte wandernde Betriebe in Herden von Ortschaft zu Ortschaft reisen, häufig zu fünf, sechs oder mehr Wagen, in Ortschaften und Gehöften lagern und oft in gefährlicher Weise eine wahre Landplage bilden, denen gegenüber einzelne Höfe, kleinere Gehöfte, oft sogar Ortschaften machtlos sind.

Neubulach, 10. Jan. Der Vorsteher des hies. Darlehens-Kassenvereins hatte auf gestern abend eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um die durch die außerordentliche Geldentwertung bei den Darlehensklassen entstandenen Mißverhältnisse zu besprechen und Anregung zum Wiederaufbau zu geben. Stadtschultheiß Müller schilderte in eingehender Darlegung den durch die Geldentwertung eingetretenen Zustand, der wie es jedem Privatmann gegangen sei, die vorhandenen Mittel raubte oder Betriebskapital wertlos machte. Die Notwendigkeit des Aufbaus sei dringender als bei Gründung des Vereins im Jahre 1892, da nur auf genossenschaftlichem Wege die in der Gemeinde zur Verfügung stehenden Gelder der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden können.

(SCH.) Stuttgart, 11. Jan. Heute vormittag wurde in der Johannesstraße ein Feuerwehler mutwillig in Bewegung gesetzt. Als Täter wurde der ledige Kaufmann Paul Koch festgenommen. Er hat zugegeben, in letzter Zeit mehrmals die Berufsfeuerwehr alarmiert zu haben. Schon in den Jahren 1920-22 hat er öfters die Feuerwehr alarmiert und, als er auf frischer Tat erwischt wurde, auf ihn verfolgende Zivilpersonen Schüsse abgegeben. Wegen dieser strafbaren Handlungen war er seinerzeit zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden.

(SCH.) Stuttgart, 11. Jan. In der Leonbergerstraße fuhr ein Auto vorschriftsmäßig auf der rechten Seite der Straße aufwärts und gab fortgesetzt Warnungssignale. Plötzlich kam ein mit mehreren Kindern besetzter Schlitten auf der linken Seite der Straße abwärts gefahren. Weder der Schlitten noch das Auto konnten rechtzeitig ausweichen, und so fuhr der Schlitten in das Auto hinein. Dabei wurde der etwa 10 Jahre alte Sohn einer Witwe namens Erb getötet, zwei andere Kinder schwer verletzt. Der Chauffeur, den offenbar keine Schuld traf, brachte den Toten und die Verletzten ins Spital und machte bei der Polizeidirektion Anzeige von dem Unglück. Die Leonberger Straße ist für Schlittenfahrer verboten.

Ohne Mitteilung der Ereignisse in Stadt und Land, Reich und Welt lebt der Mensch wie in einer dunklen Kammer, ohne die Vermittlung des Anzeigenteils im geschäftl. Verkehr stocken Handel und Wandel.

(SCH.) Freudenstadt, 11. Jan. Im hiesigen Bezirkskrankenhaus starb der 21jährige Xavier Geiger von Lühhardt, der in der Neujahrsnacht durch einen unglücklichen Sturz sehr schwer verletzt wurde.

(SCH.) Heilbronn, 11. Jan. Die Zellenbauten des Zellengefängnisses, das vor kurzem durch einen Dachstuhlbrand heimgesucht wurde, sind vorläufig wieder gedeckt. Am 15. Januar kann der Betrieb wieder aufgenommen werden. Die in Besigheim, Neckarstulm, Weinsberg und Dohringen untergebracht gewesenen Gefangenen sind bereits wieder hier. Im Laufe der nächsten Woche werden auch die in anderen hiesigen Gefängnissen und in Hall untergebrachten Gefangenen zurückkehren. Der Dachstuhl soll nicht in seiner alten Form wieder aufgebaut, sondern durch ein ebenes Dach ersetzt werden.

(SCH.) Vom Murgtal, 11. Jan. Auf Veranlassung des Badenwerks sind am letzten Samstag rund 1700 Bauarbeiter beim Murgwerk in Forbach gesperrt worden.

(SCH.) Illerrieden Oa. Laupheim, 11. Jan. Abends gegen 7 Uhr brach in dem Anwesen des Fabrikarbeiters Stephan Bösch Feuer aus, wodurch das ganze Anwesen eingäschert wurde. Das Mobiliar konnte zum größten Teil gerettet werden, dagegen ist das Getreide, Stroh und Heu vollständig verbrannt.

(SCH.) Bippach, Oa. Ellwangen, 11. Jan. Die seit vier Jahren blinde und seit zwei Jahren geistesgestörte Marie Marz, ledig, hat ihrem Leben durch Erhängen auf der Bühne ihrer Wohnung ein Ende gemacht.

(SCH.) Vom Hohenwies, 11. Jan. Der 16jährige Fabrikarbeiter Riede von Riedheim brach in Singen durch eine zusammengefrorene Schladenschicht ein, wurde verschüttet und erstirbte.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Table with exchange rates for various currencies and gold marks. Columns include currency names and values in Mark.

Reichsindexziffer.

Die Reichsrichtzahl (Reichsindexziffer) für Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Stat. Reichsamts für den 7. Januar auf das 1,13 billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche ist demnach eine Abnahme von 1,5 Prozent zu verzeichnen.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCH.) Stuttgart, 10. Januar. Die Luftlosigkeit an der Börse hält an und es gab weitere Abschwächungen. Auch der Freiverkehr verzeichnete Abbröckelungen.

Table with market prices for various goods. Columns include item names and prices.

(SCH.) Stuttgart, 11. Jan. (Börsenbericht.) An der Börse gab es heute keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vortag. Das Geschäft war ruhig.

Märkte.

(SCH.) Ludwigsburg, 11. Jan. Auf dem Viehmarkt waren 33 Stück zugeführt, wovon nur 5 Stück verkauft wurden. Die Preise bewegten sich für Kühe 220-240, Kalbinnen 460, Schmalvieh 62-75 M je das Stück.

(SCH.) Creglingen, 11. Jan. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 62 Milchschweine, verkauft 40 Stück. Preis pro Paar 20-28 Mark.

(SCH.) Crotzheim, 11. Jan. Die Schranne notierte folgende Preise in Goldmark: Kernen 11,5, Weizen 11,5, Roggen 9,5, Gerste 8,5 bis 9, Haber 6,5-7,5.

(SCH.) Leonberg, 11. Jan. Die letzte Holzversteigerung brachte der Stadtverwaltung außerordentlich hohe Erlöse. Tannenholz durchschnittlich 14-17, Buchen 26-30 M für den Raummeter.

(SCH.) Dornietten, 11. Jan. (Holzerlöse.) Das Forstamt erlöste beim Holzverkauf für Stammholz 116,9, für Stangen 141,5 Prozent.

(SCH.) Ellwangen, 11. Jan. Der Nadelstammholzverkauf aus den Stadt-, Stiftungs- und Seilerwaldungen brachte Erlöse von 110-130 Prozent der Landesgrundpreise (Forsttage). Der größte Tiefstand scheint überwunden zu sein.

Die höchsten Nadelholzpreise dürften mit Sicherheit nicht an den Börse- und Großhandelspreisen gemessen werden, da die hier nur die sog. wirtschaftlichen Durchschnittspreise im Auge kommen. H. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seimanns, Seim. Druck und Verlag des H. Seimanns'schen Buchverlages, Seim.

Reklameteil. Sommersprossen Winter-Behandlung. Jetzt ist es Zeit das Wiedererscheinen zu verhindern. Bestellen Sie sofort die seit 24 Jahren bewährte Bleichcreme Marke Morgenster. Kleine Probetube Mk. 1.50, große Probetube 3.— Originaltube 4.50. Porto extra. Parfümerie Morgenster, Frankfurt a. M. 108, Schließbach 47.

Hypothekenaufwertung!

besgl. Aufwert. v. Obligationen u. sonstig. Guthaben
 Herr Professor Bauer, Vorstand
 d. Hypothekengläubiger-Schutzverbandes-Stuttgart
 wird am
Sonntag, den 18. Januar, nachmitt. 8 Uhr
 im „Badischen Hof“, kleiner Saal
 über obiges Thema sprechen. Alle Interessenten von Stadt
 und Land sind freundlich eingeladen. Saal wird geheizt!

Sehr gute und schöne
Filzschuallenstiefel
 a. Lederbesatz, neuer Vachsohle, Haarkalblederbrandsohle,
 für Männer zu Goldmark 8.— Frauen 7.—
 solange Vorrat reicht bei
J. Knörzer, Calw, Marktpl. 67.
 Kein Laden.

Calw, den 12. Januar 1924.
Todes-Anzeige.



Unser geliebter Vater und Großvater
Friedr. Schnürle
 Kirchenpfleger a. D.

durfte Freitag Mittag 3 Uhr zur ewigen
 Ruhe eingehen.
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung Sonntag, 13. Januar,
 nachmittags 2 Uhr.

Calw, den 11. Januar 1924.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
 nahme an dem kühnen Verluste unserer
 lieben Tochter, Schwester und Enkelin
Frieda Grünenwald
 sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus,
 besonders auch für die tröstlichen Worte des
 Herrn Vikar Wäs, den Altersgenossen, Mit-
 arbeitern und den Herren Ehrenträgern.

Die Mutter: Kath. Grünenwald
 und Geschwister, der Großvater.

La Plata = Mais

ist eingetroffen und empfiehlt
Otto Jung.

Kommt nächster Tage nach
 Calw und Umgebung.
Kaufe zu hohen Preisen
 alte

Schmuckfachen
 aus Gold, Silber
 und Platin, sowie
alte Gebisse

komme ins Haus und erlaube
 Adressenangabe unter E. Wolf,
 Coelmetalle aus Vorzheim
 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Neste

wie
 kar. und gestr. Flanelle,
 Bindentücher,
 Schürzenstoffe
 in allen Farben,
 Jersiflanelle u. Vestzeug
 in nur guter Qualität
 kaufen Sie am besten bei
 maßiger Berechnung bei
Frau Anna Weber,
 ob. Marktstr. 31, 3. St.

Gummi = Stempel

liefert rasch und billig die
A. Delschläger'sche Buchdruckerei
 Calw.

R. V.

Heute abd. Weihnachts-
 feier des Militär- und
 Veteranen-Vereins im
 Badischen Hof.
 Vollzähliges Erscheinen er-
 wünscht.

Neu eingetroffen
 echt arabisch
**Mocca-
 Kaffee**
 roh und jede Woche
 frisch gebrannt
 empfiehlt
Carl Serva

Schüle's
**Eier-
 Feigwaren**
 empfiehlt in bekannter Güte
Friederike Pfeiffer,
 Vorstadt.

**Stuhl-
 Rohrätze**
 werden mit prima Rohr
 neu eingeflochten bei
 billigster Berechnung, von
Wilh. Frank,
 Spezialgehäuft. Korb-
 waren, Kinderwagen,
 Korbmöbel in Calw
 hinter dem Rathaus.

Säcke!
**Mehl- und
 Zuckersäcke**
 kauft
 zu den
 höchst. Tagespreisen
 und werden dieselben auf
 Wunsch abgeholt.
**Schwarzwälder Roh-
 produkte-Verwertung**
 Unterreichenbach
 D.-M. Calw. Fernspr. 17.

Ein Waggon
 prima
Wiesentheu
 trifft ein.
Oskar Schlanderer,
 Calw, Fernspr. 112.

Einige nicht ganz raffinierte
**Wolfs-
 hunde**
 sind zu verkaufen
 Vorstadt 247.

Spazierhüften
 zweifelh., sowie
**Wolfs-
 hund,**
 Rinde, 1/2 Jahr alt, sehr wach-
 sam, verkauft
Adolf Zug.
 Geben umsonst ein. Mittel geg.

Bettmatten
 bekannt. Alter u. Beschl. angeb.
Trene Müller, Stuttgart
 C 11, Sängertstraße 5.



**Bekleidung
 Ausstattung**

Paul Röchle, Calw.

Oberamts Sparkasse Calw. Rentenmark = Verkehr.

1. Giro- u. Scheckverkehr.
 Ab 1. Dezember 1923 führen wir neben den
 Papiermarkkonten auch Rentenmarkkonten und
 verwalten auf diesen Konten bei provisions-
 und spesenfreier Führung bis auf weiteres
6% pro Jahr
 bei täglicher Kündigung.
 Einzahlungen können gemacht werden:
 Durch Ueberweisungen oder durch Barein-
 zahlungen von Rentenmark oder anderem in
 Württemberg zirkulationsfähigem wertbeständig.
 Geld.
 Voreinzahlungen, welche bis 11 Uhr vor-
 mittags eingehen, werden Wert gleichen Tages
 gutgeschrieben.
 Abhebungen können erfolgen durch Ueber-
 weisungen oder durch Bareinzahlungen. Letzteres
 nach unserer Wahl in Renten- oder anderem
 wertbeständigem Geld.
 Giroanweisungen und Schecks sind stets deut-
 lich mit dem, dem Betrag beizulegenden Ver-
 merk „Rentenmark“ zu versehen.
2. Rentenmarksparkonten.
 Auf diese Konten nehmen wir Gelder in jeder
 Höhe, jedoch nicht unter 1 Rentenmark ent-
 gegen.
 Verzinsung je nach Höhe und Kündigungsfrist
6-8% pro Jahr.
 Änderungen der Bedingungen über den Ren-
 tenmarkverkehr (insbesondere die der Zinsätze)
 sind jeweils durch Anschlag in unseren Kassen-
 lokalen ersichtlich.

**Rondensierte
 Milch**
Fr. Freudenberger.

Gesucht werden:
 1 tüchtiger Metallrührer,
 2 landw. richtliche Wägen,
 die melken können,
 1 Zimmermädchen, d. Weiß-
 und Kleidernähen kann.
 1 Köchin,
 einige Dienstmädchen,
 2 Laufmädchen.
 Näheres
Arbeitsnachweisamt
Calw.

Gesucht
 auf 1. oder 15. Februar ein
 fleißiges, pünktliches
M ä d c h e n
 nicht unter 18 Jahre alt, das
 schon gebüret hat und etwas
 nähen kann.
Frau Oberamtspf. Fechter

Suche
 auf 1. Februar jüngeres,
 eheliches
M ä d c h e n
 für Küche und Haushalt.
E. Schöning, zum „Hirsch“
Calw.

In einem milt. in großem
 Kurort mit bedeutenden Fa-
 brikten, Nähe einem Badeplatz
 gelegen. Gasthof, wird alters-
 halber ein tüchtiger
Koch u. Konditor
 bei Einheitsmöglichkeit
 gesucht.
 Gest. Angebote sind zu
 richten unter N. S. 10 an
 die Geschäftsstelle ds. Bl.

Damenstiefel
 aus einer amerikanischen Fabrik
 gabenend, billig zu verkaufen
Jacob Blach,
 Schuhmachernstr., Calw,
 Infanteriestr.

Geschäftsstellen
 und tüchtigen
Beretreter
 bei hohem Einkommen.
 Deut che
Landwirtschaftsbank
Filiale Stuttgart
 Tel. 2850 b. d. Notebüchle.

18-jähriges Mädchen, mit
 leichter Auffassungsgabe, sucht
 auf einem Büro
Anfangsstellung
 Gest. Angebote sind zu
 richten unter N. N. an die
 Geschäftsstelle ds. Bl.

Stellen-Gesuch!
 Fleißiges, eheliches Mädchen
 das schon in besseren Häusern
 gedient hat, gute Zeugnisse
 besitzt, im Kochen und allen
 Hausarbeiten bewandert ist,
 sucht auf 1. Februar in gutem
 Hause Stelle als Alleinmäd-
 chen am liebsten in Calw.
 (Geht auch zu Kindern).
 Angebote zu richten unter
 3. U. 9 an die Geschäfts-
 stelle ds. Bl.

Sauerkraut
 empfiehlt
Frau Kath. Linkenhell,
 Vorstadt.

Turnverein Calw.
 Nächsten Montag, abends 8 Uhr
Generalversammlung
 im „Bad. Hof“ mit sachungsmäßiger Tagesordnung
 Der Turnrat.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
 Morgen Sonntag Mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr:
Der König des Waldes
 Amerikanischer Sensations-Gebirgs-Film in 6 Akten
 Als Beiprogramm ein Er-Lustspiel:
Er und das Tippfräulein.

Halte Samstag u. Sonntag
**Mebel-
 suppe**
 wozu jedermann freundlichst eingeladen ist.
Albert Wohlleber z. „Lamm“
Bad Liebenzell.

**Ludowici-
 Doppelsalzziegel**
 sind jetzt wieder lieferbar.
 Bestellungen nimmt entgegen
Hugo Rau, Calw.

Geschäfts-Empfehlung.
 Unterzeichnete empfiehlt sich im
Neuanfertigen und Wiederrichten von
Kostümen, Mänteln u. Straßenkleidern
Frau Käthe Fischer, Damenschneiderin,
 Badstraße 366, 1. Stock

In der nächsten Zeit treffen
Braunkohlen-Briketts
Anthrazit-Eisformkohlen
 und **Rohs ein.**
Bestellungen
 hierauf, sowie auf
alle andern Sorten Kohlen
 nimmt entgegen
Wilhelm Dingler
Kohlen-Handlung.

la. Weizen = Futtermehl
und La Plata = Mais
 wieder eingetroffen
Adolf Zug.

Lohnbücher
 mit Steuerspalte, in jeder
 gewünschten Einteilung,
 fertigt schnellstens
A. Delschläger'sche Buchdruckerei